

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Peter Bohnhof, René Springer, Jan Feser, Lukas Rehm, Achim Köhler, Tobias Matthias Peterka, Stephan Brandner, Gereon Bollmann, Knuth Meyer-Soltau, Ulrich von Zons, Thomas Fetsch, Sascha Lensing und der Fraktion der AfD**

### **Ungeklärter Verbleib vietnamesischer Auszubildender in Berlin**

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der deutsch-vietnamesischen diplomatischen Beziehungen fand am 9. Dezember 2025 auf Einladung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) das Deutsch-vietnamesische Labour Forum in Leipzig statt. Im Fokus der Veranstaltung sollte unter anderem die „faire Rekrutierung und Anwerbung von Arbeitskräften aus Vietnam“ stehen ([www.leipzig.de/kultur-und-freizeit/veranstaltungen/eventsingle/event/deutsch-vietnamesisches-labour-forum-2025](http://www.leipzig.de/kultur-und-freizeit/veranstaltungen/eventsingle/event/deutsch-vietnamesisches-labour-forum-2025)).

Vor diesem Hintergrund treibt die Fragesteller das Verschwinden von jungen Vietnamesen um, die zur Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe nach Berlin gekommen sind. Über eine Recherche des „Rundfunks Berlin-Brandenburg“ (RBB) wurde im Oktober 2025 bundesweit berichtet ([www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/10/vietnam-azubis-berlin-sprachzertifikate.html](http://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/10/vietnam-azubis-berlin-sprachzertifikate.html); vgl. [www.tagesschau.de/inland/azubis-vietnam-berlin-100.html](http://www.tagesschau.de/inland/azubis-vietnam-berlin-100.html)).

Rund 200 von 700 Vietnamesen erscheinen demnach nicht mehr zum Unterricht an der gastgewerblichen Brillat-Savarin-Schule in Berlin-Weißensee. Es besteht der Verdacht auf Menschenhandel und Ausbeutung (in Restaurantküchen über Nagelstudios bis hin zur Prostitution), in denen die Vietnamesen Schulden von bis zu 20 000 Euro bei privaten Vermittlungsagenturen abarbeiten müssten (ebd.). Zudem wurde berichtet, dass immer mehr vietnamesische Auszubildende massive Sprachprobleme haben. Sie könnten dem Unterricht kaum folgen, obwohl sie mit einem Sprachzertifikat (mindestens B1) eingereist seien (vgl. Bericht Tagesschau oben).

Ein aktueller Warnhinweis der Bundespolizei zur Einreise von vietnamesischen Staatsangehörigen legt aus Sicht der Fragesteller nahe, dass hier von einem systematischen Vorgehen auszugehen ist (vgl. [www.tagesschau.de/investigativ/rbb/visa-vietnamesen-menschenhandel-bundespolizei-100.html](http://www.tagesschau.de/investigativ/rbb/visa-vietnamesen-menschenhandel-bundespolizei-100.html)).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche konkreten Erkenntnisse hat die Bundesregierung ggf. zum Verschwinden von vietnamesischen Auszubildenden in Berlin und etwaig weiteren Orten in Deutschland?
  - a) Welche Hinweise liegen der Bundesregierung ggf. zum mutmaßlichen Abtauchen von vietnamesischen Auszubildenden in die Schwarzarbeit, insbesondere in Nagelstudios, Restaurants oder der Prostitution, vor (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

- b) Sind bzw. waren nach Kenntnis der Bundesregierung das Anwerben von vietnamesischen Staatsangehörigen unter der Vorspiegelung falscher Tatsachen, die Vorlage offensichtlich gefälschter Sprachzertifikate und die Verrichtung von Schwarzarbeit zum Abarbeiten von Vermittlungskosten Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen, wenn ja, inwieweit, mit welchem Ausgang, und wenn nein, warum nicht?
  - c) Wurden ausgebeutete und bzw. oder verschwundene Auszubildende nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des Deutsch-vietnamesischen Labour Forums am 9. Dezember 2025 thematisiert, und wenn ja, inwieweit?
  - d) Haben nach Kenntnis der Bundesregierung öffentlich geförderte Einrichtungen (zum Beispiel das Kompetenznetzwerk Vietnam in Berlin, derzeit gefördert aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds [AMIF] der Europäischen Union, 1. Juli 2025 bis 30. Juni 2028) ggf. proaktiv oder auf Nachfrage zum Erkenntnisgewinn beigetragen, und wenn ja, inwieweit (vgl. [www.via-in-berlin.de/netzwerke/neues-projekt-kompetenznetzwerk-vietnam-amif-2025-2028/](http://www.via-in-berlin.de/netzwerke/neues-projekt-kompetenznetzwerk-vietnam-amif-2025-2028/))?
2. Wie stellt die Bundesregierung die Einhaltung der sich aus § 45b Absatz 1 Satz 1 und 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) bzw. § 299 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) ergebenden Informationspflicht sicher, wie viele Kontrollen auf Einhaltung der Informationspflicht haben seit 1. Januar 2026 bzw. 1. Januar 2025 stattgefunden, und wie viele Verstöße gegen die Informationspflicht wurden im Zusammenhang mit Arbeitnehmern mit vietnamesischer Staatsangehörigkeit seit 1. Januar 2026 bzw. 1. Januar 2025 ggf. festgestellt (bitte je Kalendermonat und Bundesland aufschlüsseln)?
  3. Wie viele vietnamesische Staatsangehörige haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit 1. Januar 2025 das Informations- und Beratungsangebot „Faire Integration“ persönlich wahrgenommen?
  4. Wie ist der Umsetzungsstand von Maßnahme 14 im Handlungsfeld I (Arbeitskräftegewinnung) des „Nationalen Aktionsplans gegen Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit“ (Bundestagsdrucksache 20/14970, S. 11): „Prüfung möglicher Maßnahmen im Bereich privater Arbeitsvermittlungsagenturen zur Sicherstellung einer fairen Anwerbung aus Drittstaaten“?
  5. Wie viele „Runde Tische“ (vgl. Bundestagsdrucksache 20/14970, S. 7, Nummer 4) haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Auftakt im Juli 2024 zwischen dem BMAS und dem Arbeitsministerium Vietnams stattgefunden, und wurde dabei oder bei anderer Gelegenheit das vorliegende Problemfeld gegenüber vietnamesischen Stellen angesprochen?
    - a) Wurde thematisiert, dass private Vermittlungsagenturen in Vietnam „den Leuten vor Ort das Blaue vom Himmel versprechen“, wie der Hauptgeschäftsführer des Berliner Hotel- und Gastronomieverbands es gegenüber dem „RBB“ ausgedrückt hat (vgl. [www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/10/vietnam-azubis-berlin-sprachzertifikate.html](http://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/10/vietnam-azubis-berlin-sprachzertifikate.html))?
    - b) Inwieweit wurden ggf. die in Rede stehenden Missstände – Anwerbung unter falschen Versprechungen, gefälschte Sprachzertifikate, Verschwinden von Auszubildenden – thematisiert?
    - c) Was ist das Ergebnis der Prüfung von Ansätzen „zur Erhöhung der Transparenz im Bereich der privaten Arbeitsvermittlung mit Auslandsbezug“, die das BMAS angekündigt hat (vgl. [www.tagesschau.de/inland/azubis-vietnam-berlin-100.html](http://www.tagesschau.de/inland/azubis-vietnam-berlin-100.html))?

- d) Wurde nach dem Verbleib der verschwundenen vietnamesischen Auszubildenden und deren etwaiger Rückreise nach Vietnam gefragt?
  - e) Hat die Bundesregierung Hinweise auf eine Involvierung vietnamesischer Behörden bzw. Regierungsstellen in die vorliegend behandelten Vorkommnisse?
6. Ist der Bundesregierung ein derartiges Gebaren von privaten Vermittlungsagenturen im Bereich der Anwerbung von Auszubildenden oder Arbeitnehmern auch im Zusammenhang mit weiteren Drittstaaten bekannt?
- a) Wenn ja, wurde dies gegenüber Regierungsvertretern dieser Herkunftsländer bereits thematisiert, und welche Erkenntnisse traten dabei zu Tage?
  - b) Wenn nein, warum nicht?
7. Inwieweit steht die Bundesregierung im Austausch mit einer „verwaltungsübergreifenden Task Force“ in Berlin, mit dem Ziel einer fairen und transparenten Anwerbung von Auszubildenden (vgl. [www.tagesschau.de/inland/azubis-vietnam-berlin-100.html](http://www.tagesschau.de/inland/azubis-vietnam-berlin-100.html))?
8. Hat sich die Bundesregierung zu dem Vorschlag der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), die Anwerbung von Auszubildenden aus dem Ausland ausschließlich von der Bundesagentur für Arbeit durchführen zu lassen, eine eigene Positionierung erarbeitet, und wenn ja, wie lautet diese (vgl. [www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/10/vietnam-azubis-berlin-sprachzertifikate.html](http://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/10/vietnam-azubis-berlin-sprachzertifikate.html))?
9. Sieht die Bundesregierung angesichts der Feststellung des BMAS, dass die deutschen Gesetze zur privaten Arbeitsvermittlung „auf private Vermittlungsagenturen mit ausschließlichem Sitz in Vietnam keine Anwendung“ finden, gesetzgeberischen Handlungsbedarf, und wenn ja, welchen (vgl. [www.tagesschau.de/inland/azubis-vietnam-berlin-100.html](http://www.tagesschau.de/inland/azubis-vietnam-berlin-100.html))?
10. Inwiefern steht ein aktueller Warnhinweis der Bundespolizei zur Einreise von vietnamesischen Staatsangehörigen ggf. im Zusammenhang mit den vorliegend behandelten Vorgängen (vgl. [www.rbb24.de/panorama/beitrag/2025/12/bundespolizei-kontrollen-vietnamesen-visa-warnhinweis-verdacht-ausbeutung.html](http://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2025/12/bundespolizei-kontrollen-vietnamesen-visa-warnhinweis-verdacht-ausbeutung.html))?
- a) Über welche Erkenntnisse und Fallzahlen verfügt die Bundesregierung zu einer „anhaltend hohen Zahl erschlichener Visa an Auslandsvertretungen in Vietnam“ (bitte für die Jahre 2024 und 2025 jeweils nach Kalendermonat aufschlüsseln)?
  - b) Über welche Erkenntnisse und Fallzahlen verfügt die Bundesregierung zu fortlaufenden Fällen, „bei denen (Klein-)Unternehmen unplausibel viele Personen zur Arbeitsaufnahme einladen“ (bitte für die Jahre 2024 und 2025 jeweils nach Kalendermonat aufschlüsseln)?
  - c) Wie vielen vietnamesischen Staatsangehörigen wurde seit dem 30. September 2025 die Einreise aufgrund der in dem Warnhinweis (Frage 10) genannten Anzeichen verweigert?

Berlin, den 2. Februar 2026

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

